

ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNGEN

Erklärung der Abkürzungen und Symbole	
+	angenommen
-	abgelehnt
↓	hinfällig
Z	zurückgezogen
NA (... , ... , ...)	namentliche Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
EA (... , ... , ...)	elektronische Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
getr.	getrennte Abstimmung
ges.	gesonderte Abstimmung
Änd.	Änderungsantrag
K	Kompromissänderungsantrag
entspr.	entsprechender Teil
S	Streichung
=	identische Änderungsanträge
§	Absatz/Ziffer/Nummer
Art.	Artikel
Erw.	Erwägung
Entschl.antr.	Entschließungsantrag
gem. Entschl.antr.	gemeinsamer Entschließungsantrag
geh.	geheime Abstimmung

1. Mindestverlustdeckung für notleidende Forderungen ***I

Bericht: Esther de Lange und Roberto Gualtieri (A8-0440/2018)

Gegenstand	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Abstimmung: Beschluss über die Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen		+	

Verschiedenes

Abstimmung gemäß Artikel 69c GO von den Fraktionen Verts/ALE und GUE/NGL beantragt.

2. Beschleunigte Beilegung von Handelsstreitigkeiten

Bericht: Tadeusz Zwiefka (A8-0396/2018) (Mehrheit der Mitglieder des Parlaments erforderlich)

Gegenstand	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
einzigste Abstimmung	NA	+	521, 35, 14

3. Aufstellung des Weltraumprogramms der Union 2021-2027 und der Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm ***I

Bericht: Massimiliano Salini (A8-0405/2018)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Änderungsanträge des federführenden Ausschusses – Abstimmung en bloc	1-108 110- 222	Ausschuss		+	
Änderungsanträge des federführenden Ausschusses – gesonderte Abstimmung	109	Ausschuss	ges.	-	
Artikel 1 § 1	226	GUE/NGL	NA	-	107, 454, 13
Artikel 14 § 1 nach Buchstabe d	223	ECR		-	

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Artikel 25 nach Absatz 1	224	ECR		-	
Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe a nach Spiegelstrich 3	227	EFDD	NA	-	84, 469, 22
Erwägung 8	225	GUE/NGL		-	
Abstimmung: Vorschlag der Kommission			NA	+	483, 68, 19

Anträge auf namentliche Abstimmung

GUE/NGL: Änderungsantrag 226

EFDD: Änderungsantrag 227

Anträge auf gesonderte Abstimmung

mehr als Änderungsantrag 109

38 Mitglieder:

4. Aufstellung des Programms „Digitales Europa“ für den Zeitraum 2021–2027 ***I

Bericht: Angelika Mlinar (A8-0408/2018)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen			
Änderungsanträge des federführenden Ausschusses – Abstimmung en bloc	1-21 23-73 75-84 86-149 151-201	Ausschuss		+				
			Änderungsanträge des federführenden Ausschusses – gesonderte Abstimmung	22	Ausschuss	getr.		
						1	+	
						2	+	
						74	Ausschuss	getr.
1	+							
2	+							
85	Ausschuss	getr.						
		1	+					

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
			2	+	
	150	Ausschuss	getr.		
			1	+	
			2	+	
Anhang I Teil 2 § 2 nach Nummer 3	203	EFDD	NA	-	74, 443, 54
Anhang I Teil 5 Unterabschnitt I Nummer 5	204	EFDD	NA	-	141, 403, 27
Anhang I Teil 5 Unterabschnitt I Absatz 3	205	EFDD	NA	-	253, 299, 27
Nach Erwägung 9	202	EFDD	NA	-	103, 448, 23
Abstimmung: Vorschlag der Kommission			NA	+	491, 38, 51

Anträge auf namentliche Abstimmung

EFDD: Änderungsanträge 202, 203, 204, 205

Anträge auf getrennte Abstimmung

Verts/ALE:

Änderungsantrag 22

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „und die strategische Autonomie der Union“
2. Teil diese Worte

Änderungsantrag 74

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „die strategische Autonomie und“
2. Teil diese Worte

Änderungsantrag 85

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „unter Sicherstellung der strategischen Autonomie der EU;“
2. Teil diese Worte

Änderungsantrag 150

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „oder die strategische Autonomie der Union bedroht.“
2. Teil diese Worte

5. Abkommen USA-EU über die Zusammenarbeit bei der Regelung der Sicherheit der Zivilluftfahrt ***

Empfehlung: Theresa Griffin (A8-0432/2018)

Gegenstand	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Abstimmung: Zustimmung	NA	+	529, 19, 31

6. Gemeinsames System einer Digitalsteuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen *

Bericht: Paul Tang (A8-0428/2018)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Änderungsanträge des federführenden Ausschusses – Abstimmung en bloc	1	Ausschuss		+	
	3-5				
	7-8				
	10-13				
	15-19				
	23				
	26				
	29-34				
	36-40				
	45-49				
52					
Änderungsantrag des federführenden Ausschusses: gesonderte Abstimmung	2	Ausschuss	getr.		
			1	+	
			2/EA	-	264, 303, 15
	6	Ausschuss	getr.		
			1	+	
			2/NA	+	439, 134, 7
	9	Ausschuss	NA	+	312, 253, 15
	14	Ausschuss	ges.	+	
	20	Ausschuss	ges.	+	
	21	Ausschuss	ges.	-	
22	Ausschuss	ges.	+		

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
	25	Ausschuss	NA	-	244, 331, 8
	27	Ausschuss	NA	+	490, 40, 52
	28	Ausschuss	ges.	+	
	35	Ausschuss	NA	+	308, 250, 20
	42	Ausschuss	ges.	+	
	43	Ausschuss	ges.	+	
	44	Ausschuss	ges.	+	
	51	Ausschuss	ges.	+	
Steuerbare Erträge	56-58	PPE	EA	-	234, 335, 12
Artikel 8 Absatz 1	63	GUE/NGL	NA	-	128, 444, 8
	54= 60=	mehr als 38 Mitglieder, GUE/NGL	NA	-	254, 311, 15
	41	Ausschuss	NA	+	304, 59, 216
Nach Artikel 24	55= 61=	mehr als 38 Mitglieder, GUE/NGL		-	
	50	Ausschuss	NA	+	458, 59, 66
Nach Erwägung 3	53= 59=	mehr als 38 Mitglieder, GUE/NGL		-	
Erwägung 35	62	GUE/NGL	NA	-	122, 451, 8
	24	Ausschuss		+	
Abstimmung: Vorschlag der Kommission			NA	+	451, 69, 64

Anträge auf namentliche Abstimmung

EFDD: Änderungsanträge 25, 27, 41, 50
GUE/NGL: Änderungsanträge 62, 63
ENF: Änderungsanträge 6 (2. Teil), 9, 25, 50
S&D: Änderungsanträge 35, 54/60

Anträge auf gesonderte Abstimmung

PPE: Änderungsanträge 14, 20, 21, 22, 25, 28, 35, 42, 43, 44, 51
EFDD: Änderungsanträge 28, 51

Anträge auf getrennte Abstimmung

ENF:

Änderungsantrag 6

1. Teil

„Bis zur Ergreifung solcher Maßnahmen, deren Annahme und Durchführung einige Zeit in Anspruch nehmen kann, stehen die Mitgliedstaaten angesichts des Risikos, dass ihre Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlagen im Lauf der Zeit erheblich ausgehöhlt werden, unter Zugzwang. Unkoordinierte Einzelmaßnahmen seitens der Mitgliedstaaten können zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts und zu Wettbewerbsverzerrungen führen und dadurch die Entwicklung neuer digitaler Lösungen sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Union insgesamt beeinträchtigen. Daher bedarf es eines harmonisierten Konzepts für eine Zwischenlösung, mit der dieses Problem gezielt angegangen wird, bis eine umfassende Lösung gefunden wird. Die Zwischenlösung sollte nur für beschränkte Zeit gelten, damit sie nicht unbeabsichtigt dauerhaft wird. Daher sollte eine Verfallsklausel eingeführt werden, infolge derer diese Richtlinie automatisch mit der Einführung einer umfassenden Lösung, vorzugsweise auf internationaler Ebene, außer Kraft tritt.“

2. Teil

„Sollte bis zum 31. Dezember 2020 keine umfassende Lösung vereinbart worden sein, sollte die Kommission in Erwägung ziehen, einen Vorschlag auf der Grundlage von Artikel 116 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorzulegen, dem zufolge das Europäische Parlament und der Rat gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren tätig werden. Dies ist wichtig dafür, dass unverzüglich eine Einigung erzielt und verhindert wird, dass die Zahl unilateraler, nationaler, von den Mitgliedstaaten erhobener Digitalsteuern zunimmt.“

PPE:

Änderungsantrag 2

1. Teil

Gesamter Text ohne die Worte „und immateriellen Vermögenswerten“

2. Teil

diese Worte

7. Unternehmensbesteuerung einer signifikanten digitalen Präsenz *

Bericht: Dariusz Rosati (A8-0426/2018)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Änderungsanträge des federführenden Ausschusses – Abstimmung en bloc	1-5 8 10-15 19 21 25-29 34-39	Ausschuss		+	
Änderungsanträge des federführenden Ausschusses – gesonderte	6	Ausschuss	NA	+	452, 54, 60
	7	Ausschuss	ges.	-	
	8	Ausschuss	ges.	-	

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Abstimmung	9	Ausschuss	getr.		
			1	+	
			2/NA	-	234, 329, 19
			3/NA	-	178, 346, 46
	16	Ausschuss	ges.	-	
	17	Ausschuss	ges.	-	
	18	Ausschuss	ges.	-	
	20	Ausschuss	NA	-	204, 364, 10
	22	Ausschuss	ges.	-	
	23	Ausschuss	ges.	+	
	24	Ausschuss	ges.	-	
	30	Ausschuss	ges.	+	
	31	Ausschuss	NA	+	330, 212, 38
32	Ausschuss	ges.	+		
33	Ausschuss	NA	+	300, 248, 33	
Nach Erwägung 8	40	Verts/ALE	NA	+	429, 140, 10
Abstimmung: Vorschlag der Kommission			NA	+	439, 58, 81

Anträge auf namentliche Abstimmung

Verts/ALE: Änderungsantrag 40

GUE/NGL: Änderungsanträge 6, 33

ECR: Änderungsantrag 40

ENF: Änderungsanträge 9 (2. und 3. Teil), 20, 31, 33

Anträge auf gesonderte Abstimmung

PPE: Änderungsanträge 7, 8, 16, 17, 18, 20, 22, 23, 24, 30, 32, 33

Anträge auf getrennte Abstimmung

ENF, PPE:

Änderungsantrag 9

1. Teil

„Ein zentrales Ziel der vorliegenden Richtlinie besteht darin, die Resilienz des Binnenmarkts in seiner Gesamtheit zu verbessern, um den Herausforderungen der Besteuerung in der digitalisierten Wirtschaft zu begegnen, und zwar unter Wahrung nicht nur des Grundsatzes der Steuerneutralität, sondern auch des freien Dienstleistungsverkehrs im Binnenmarkt sowie ohne Unterscheidung zwischen in der Union bzw. in Drittländern ansässigen Unternehmen. Dieses Ziel kann von den Mitgliedstaaten allein nicht in ausreichendem Maß erreicht werden, weil digitale Unternehmen ohne physische Präsenz oder mit lediglich geringer physischer Präsenz in einem Steuergebiet länderübergreifend tätig sein können, weshalb durch entsprechende Vorschriften sichergestellt werden muss, dass diese Unternehmen in den Steuergebieten Steuern bezahlen, in denen sie Gewinne erwirtschaften. Aufgrund dieser länderübergreifenden Aspekte bietet eine Initiative auf EU-Ebene im Vergleich zu einer Vielzahl nationaler Maßnahmen einen zusätzlichen Nutzen. Eine gemeinsame Initiative im gesamten Binnenmarkt ist erforderlich, damit die Vorschriften in Bezug auf eine signifikante digitale Präsenz in der Union einheitlich angewandt werden. Einseitige und unterschiedliche Ansätze der einzelnen Mitgliedstaaten könnten wirkungslos sein und aufgrund gegensätzlicher nationaler Strategien, Verzerrungen und steuerlicher Hindernisse für Unternehmen in der Union zur Fragmentierung des Binnenmarkts führen. Daher sollte besonders darauf geachtet werden, dass der Ansatz der Union wirklich gerecht ist und keine Nachteile für bestimmte Mitgliedstaaten mit sich bringt. Da die Ziele dieser Richtlinie auf Unionsebene besser verwirklicht werden können, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.“

2. Teil

„Für die Steuerpolitik sind zwar die einzelnen Staaten zuständig, doch ist in Artikel 115 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union eindeutig festgelegt, dass der Rat einstimmig und gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Richtlinien für die Angleichung derjenigen Steuerrechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten im Steuerbereich erlassen sollte, die sich unmittelbar auf die Errichtung oder das Funktionieren des Binnenmarkts auswirken. Diese Richtlinie zieht keine Harmonisierung der Körperschaftsteuersätze in der Union nach sich“

3. Teil

„und beschränkt daher die Mitgliedstaaten nicht in ihren Möglichkeiten, in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet gerechte Körperschaftsteuersätze auf Erträge aus digitalen Dienstleistungen festzusetzen.“

8. Iran, insbesondere der Fall Nasrin Sotudeh

Entschließungsanträge: B8-0562/2018, B8-0563/2018, B8-0564/2018, B8-0565/2018, B8-0566/2018, B8-0567/2018

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Gemeinsamer Entschließungsantrag RC-B8-0562/2018 (PPE, S&D, ECR, ALDE, GUE/NGL, Verts/ALE)					
§ 5	§	ursprünglicher Text	ges.	+	

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 14	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2/EA	+	321, 241, 7
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)			NA	+	522, 6, 38
Entschließungsanträge der Fraktionen					
B8-0562/2018		Verts/ALE		↓	
B8-0563/2018		ECR		↓	
B8-0564/2018		GUE/NGL		↓	
B8-0565/2018		S&D		↓	
B8-0566/2018		ALDE		↓	
B8-0567/2018		PPE		↓	

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE: Schlussabstimmung (RC-B8-0562/2018)

Anträge auf gesonderte Abstimmung

S&D: § 5

Anträge auf getrennte Abstimmung

S&D:

§ 14

1. Teil

Gesamter Text ohne die Worte “und die Achtung der Menschenrechte zu einer unabdingbaren Voraussetzung für die Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu machen;“

2. Teil

diese Worte

9. Ägypten, insbesondere die Lage von Menschenrechtsverteidigern

Entschließungsanträge: B8-0568/2018, B8-0569/2018, B8-0576/2018, B8-0578/2018, B8-0579/2018, B8-0580/2018, B8-0581/2018

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Gemeinsamer Entschließungsantrag RC-B8-0568/2018 (PPE, S&D, ECR, ALDE, GUE/NGL, Verts/ALE, EFDD)					
§ 11	§	ursprünglicher	getr.		

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
		Text	1	+	
			2/EA	-	248, 288, 20
§ 17	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 19	§	ursprünglicher Text	ges./EA	+	283, 249, 21
Erwägung H	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
Erwägung L	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)				+	
Entschließungsanträge der Fraktionen					
B8-0568/2018		Verts/ALE		↓	
B8-0569/2018		ECR		↓	
B8-0576/2018		EFDD		↓	
B8-0578/2018		GUE/NGL		↓	
B8-0579/2018		S&D		↓	
B8-0580/2018		ALDE		↓	
B8-0581/2018		PPE		↓	

Anträge auf gesonderte Abstimmung

ECR: § 17; Erwägung L

PPE: § 19; Erwägung H

Anträge auf getrennte Abstimmung

Verts/ALE:

§ 11

1. Teil „in einer Zeit, in der Ägypten bestrebt ist, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu festigen,“

2. Teil diese Worte

10. Tansania

Entschließungsanträge: B8-0570/2018, B8-0571/2018, B8-0572/2018, B8-0573/2018, B8-0574/2018, B8-0575/2018

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Gemeinsamer Entschließungsantrag RC-B8-0570/2018 (PPE, S&D, ECR, ALDE, GUE/NGL, Verts/ALE, EFDD)					
Erwägung G	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)				+	
Entschließungsanträge der Fraktionen					
B8-0570/2018		ECR		↓	
B8-0571/2018		Verts/ALE		↓	
B8-0572/2018		GUE/NGL		↓	
B8-0573/2018		S&D		↓	
B8-0574/2018		ALDE		↓	
B8-0575/2018		PPE		↓	

Anträge auf getrennte Abstimmung

ECR:

Erwägung G

1. Teil

„in der Erwägung, dass viele Kinder und Jugendliche, insbesondere Mädchen, Menschenrechtsverstößen und schädlichen Praktiken ausgesetzt sind, beispielsweise der weit verbreiteten sexuellen Gewalt, körperlicher Züchtigung, Kinderehen und Schwangerschaften im Teenageralter, was ihren Schulbesuch erschwert oder verhindert;“

2. Teil

„in der Erwägung, dass die tansanische Regierung den Zugang zu Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit behindert und Organisationen einschüchtert, die über derlei Dienste informieren;“

11. Blockchain – eine zukunftsorientierte Handelspolitik

Bericht: Emma McClarkin (A8-0407/2018)

Gegenstand	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
einzigste Abstimmung	NA	+	433, 25, 92

12. Angemessenheit des von Japan gewährten Schutzes personenbezogener Daten

Entschließungsanträge: B8-0561/2018

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Entschließungsantrag B8-0561/2018 (LIBE-Ausschuss)					
§ 7	2	PPE	EA	+	277, 258, 4
§ 17	3	PPE	EA	-	237, 305, 3
Nach § 18	9	S&D		+	
§ 19	4	PPE	EA	+	307, 242, 2
§ 20	§	ursprünglicher Text	ges.	-	
§ 23	5	PPE		+	
§ 24	6	PPE		-	
§ 26	10	S&D		+	
Nach Bezugsvermerk 6	7	S&D		+	
Erwägung M	1	PPE		+	
Nach Erwägung T	8	S&D		+	
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)			NA	+	516, 26, 11

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE: Schlussabstimmung

Anträge auf gesonderte Abstimmung

PPE: § 20

13. Interessenkonflikt und der Schutz des Unionshaushalts in der Tschechischen Republik

Entschließungsanträge: B8-0582/2018, B8-0583/2018, B8-0584/2018, B8-0585/2018

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Gemeinsamer Entschließungsantrag RC-B8-0582/2018 (PPE, ECR, Verts/ALE)					
§ 1	1	ALDE		-	
Nach § 3	2	S&D	EA	+	295, 202, 51
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)			NA	+	434, 64, 47
Entschließungsanträge der Fraktionen					
B8-0582/2018		PPE		↓	
B8-0583/2018		Verts/ALE		↓	
B8-0584/2018		GUE/NGL		↓	
B8-0585/2018		ALDE		↓	

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE: Schlussabstimmung (RC-B8-0582/2018)

Verschiedenes:

Neoklis Sylikiotis hat seine Unterschrift von dem gemeinsamen Entschließungsantrag RC-B8-0582/2018 zurückgezogen.

14. Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten 2017

Bericht: Eleonora Evi (A8-0411/2018)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 6	5	PPE	EA	-	245, 281, 3
§ 12	6	PPE	EA	-	245, 277, 8
§ 13	7	PPE	NA	+	273, 249, 8
§ 14	8	PPE		-	
§ 15	9	PPE		-	
§ 16	10	PPE		-	
§ 18	11S	PPE		-	
§ 19	12	PPE		-	

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 20	13	PPE	NA	-	239, 267, 25
§ 21	14	PPE	NA	-	235, 285, 8
	§	ursprünglicher Text	NA	+	330, 181, 18
§ 22	15	PPE	NA	-	204, 318, 8
	§	ursprünglicher Text	NA	+	363, 157, 5
§ 23	16	PPE		-	
§ 26	§	ursprünglicher Text	NA	+	379, 132, 10
§ 27	17	PPE		-	
§ 28	18	PPE		-	
§ 33	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 35	19S	PPE	NA	-	183, 337, 4
§ 40	20S	PPE	NA	-	198, 317, 7
§ 46	21S	PPE	NA	-	214, 304, 3
Erwägung K	1S	PPE		-	
Erwägung S	2	PPE		-	
Erwägung X	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
Erwägung Y	3	PPE		-	
Erwägung AC	4	PPE	NA	-	199, 314, 6
	§	ursprünglicher Text	NA	+	366, 149, 6
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)			NA	+	368, 15, 135

Anträge auf namentliche Abstimmung

Verts/ALE: Änderungsanträge 13, 15, 19, 20, 21

EFDD: Änderungsanträge 4, 7, 14, 15, 19; § 21

ENF: Änderungsanträge 4, 15, 21; §§ 22, 26; Erwägung AC

Anträge auf gesonderte Abstimmung

ALDE: § 33; Erwägung X

PPE: § 21

15. Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2017

Bericht: Cecilia Wikström (A8-0404/2018)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 2	6	EFDD		+	
§ 3	7	EFDD	EA	+	125, 308, 16
	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
2	+				
§ 4	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
§ 9	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	-	
			3	+	
Nach § 9	1	PPE	EA	+	308, 102, 42
§ 10	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	-	
			2	+	
			3	+	
			4	+	
§ 11	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 19	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
§ 23	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
§ 26	8	EFDD	EA	-	104, 326, 18
	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2/EA	+	227, 211, 13
§ 27	3S	PPE	NA	-	200, 221, 30
§ 30	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
			3	-	
Erwägung J	4	EFDD		-	
Erwägung S	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	-	
Erwägung U	5	EFDD	EA	-	200, 211, 36
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)			NA	+	342, 34, 39

Anträge auf namentliche Abstimmung

Verts/ALE: Änderungsanträge 2, 3

Anträge auf getrennte Abstimmung

ALDE:

§ 23

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „ist der festen Überzeugung, dass die Kommission, der Rat und die Mitgliedstaaten den Empfehlungen des am 3. Mai 2017 angenommenen Abschlussberichts der Arbeitsgruppe schlüssige und wirksame Maßnahmen folgen lassen sollten;“
2. Teil diese Worte
- § 26
1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „dass dies in der Vergangenheit nicht der Fall war und nach erfolgreichen Initiativen bislang keine greifbaren legislativen Maßnahmen getroffen worden sind;“
2. Teil diese Worte
- Erwägung S
1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „sofern sie von Anfang an vom Sekretariat des Petitionsausschusses bearbeitet würden;“
2. Teil diese Worte
- PPE:
- § 3
1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „von einigen verantwortungslosen Mitgliedstaaten verwendeten“
2. Teil diese Worte
- § 4
1. Teil „betont, dass eine stärkere Zusammenarbeit der Kommission und anderer EU-Organe mit den nationalen, regionalen und kommunalen Behörden nötig ist, damit ein EU-Recht erlassen und umgesetzt wird, das darauf ausgerichtet ist, ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit und den umfassenden und wirksamen Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Bürger zu erreichen; hebt hervor, dass bei Ausschusssitzungen aktiver mit den Vertretern der Mitgliedstaaten zusammengearbeitet werden muss und dass die vom Ausschuss übermittelten Anfragen schneller bearbeitet werden müssen; fordert daher eine entschlossene Unterstützung aller auf nationaler und europäischer Ebene beteiligten Behörden, damit der Bearbeitung von Petitionen und der Ausarbeitung entsprechender Lösungen Vorrang eingeräumt werden kann;“
2. Teil „stellt erneut fest, dass die Kommission auf zahlreiche Petitionen nur oberflächlich eingegangen ist;“
- § 11
1. Teil „betont, dass bei der Bearbeitung von Petitionen zu prekären Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern zutage getreten ist, dass in mehreren Mitgliedstaaten viele Arbeitnehmer Missbräuchen und Diskriminierungen ausgesetzt waren, wobei sich in einigen Fällen bestätigte, dass es an wirksamen Maßnahmen mangelte, um derartige Missbräuche zu verhindern und zu sanktionieren;“
2. Teil „bedauert, dass die Kommission mit der Bearbeitung von Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit Verstößen einiger Mitgliedstaaten gegen das EU-Arbeitsrecht erheblich in Rückstand geraten ist, sodass sich die betreffenden Verletzungen von Arbeitnehmerrechten noch Jahre hinziehen können;“
- § 19
1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „43 Millionen“ und „mit Dieselmotoren“
2. Teil diese Worte

ALDE, PPE:

§ 9

1. Teil „ist der Ansicht, dass der Petitionsausschuss für die gesamte Bearbeitung der eingegangenen Petitionen zuständig sein sollte, damit alle Petitionen gleichbehandelt werden, und weist darauf hin, dass das Sekretariat daher mehr Ressourcen erhalten sollte;“ mit Ausnahme der Worte „für die gesamte Bearbeitung der eingegangenen Petitionen zuständig sein sollte“ und „daher“
2. Teil diese Worte
3. Teil „hebt die Tatsache hervor, dass mit den im Januar 2016 verabschiedeten Leitlinien des Ausschusses beim Umgang mit Petitionen und bei Entscheidungsprozessen für Transparenz und Klarheit gesorgt wird;“

§ 10

1. Teil „kritisiert mit Nachdruck den Ermessensspielraum, den sich die Kommission bei der Behandlung von Beschwerden der Bürger in Bezug auf Einzelfälle einräumt;“
2. Teil „weist darauf hin, dass ein Verzicht darauf, bei Bürgerbeschwerden auch in Einzelfällen eingehend und rasch zu ermitteln, gemäß dem Ansatz, den die Kommission in ihrer Mitteilung von 2016 unter dem Titel „EU-Recht: Bessere Ergebnisse durch bessere Anwendung“ vorgeschlagen hat, ein rasches Verständnis von möglicherweise schwerwiegenden systembedingten Mängeln verhindern kann“
3. Teil „was dazu führen kann, dass mehrfache Rechtsverletzungen zulasten zahlreicher Bürger weiterbestehen, und dass die Kommission auf diese Weise den Großteil der Zuständigkeit für die Überwachung möglicher Verstöße gegen das EU-Recht, mit Ausnahme systemrelevanter Verstöße, im Wesentlichen den nationalen Gerichten überlässt; ist der Auffassung, dass dies zu viel Auslegungsspielraum zulässt und ein solcher Ansatz insbesondere im Bereich des Umweltrechts schädlich ist;“
4. Teil „hält dies im Vergleich zu dem vorausgehenden Ansatz in Bezug auf die Umsetzung des Umweltrechts der Union für einen Rückschritt und ist der Ansicht, dass die Kommission damit insgesamt ihrer Rolle als Hüterin der Verträge nicht gerecht wird;“

§ 30

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte „das gleiche Feedback und die gleichen“, „wie Petenten“ und „oder auch anderer Behörden;“
2. Teil „das gleiche Feedback und die gleichen“ und „wie Petenten“
3. Teil „oder auch anderer Behörden;“

Verschiedenes

Die PPE-Fraktion hat den Änderungsantrag 2 zurückgezogen.